

13/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

CDU begrüßt Kabinettsumbildung:

## Eine gute Grundlage für einen neuen Aufbruch

Wehrpflichtverlängerung, Quellensteuer, Förderung umweltfreundlicher Autos und Agrarpreisverhandlungen und EG. Das sind die wesentlichen Themen zu denen der CDU-Bundesvorstand auf einer zweitägigen Klausurtagung in Königswinter (16./17. 4. 1989) Empfehlungen an die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen hat. Vor der Presse im Bonner Konrad-Adenauer-Haus erklärte der Bundeskanzler, die Führungsmitglieder der Union hätten weit mehr als zehn Stunden „sehr offen und ausgesprochen freundschaftlich“ diskutiert. Alle Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen waren anwesend. Heiner Geißler erläuterte anschließend die Entschließung der CDU-Führungsgremien, die folgenden Wortlaut hat: *(Fortsetzung auf Seite 2)*

### Briefwahl – leicht gemacht

Über 50 Prozent aller Briefwähler haben bei den vergangenen Europawahlen der CDU ihre Stimme gegeben. Auch diesmal gilt deshalb: Briefwahlstimmen sind eine große Chance für die CDU. Um den Parteifreunden die Arbeit zu erleichtern, hält die Bundesgeschäftsstelle

### Briefwahlprospekte

bereit, die angefordert werden können. Näheres im Innern dieser Ausgabe.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Bundesregierung

Eine besonders umfassende Kabinettsumbildung.  
Seite 4

#### ● Innere Sicherheit

Der demokratische Rechtsstaat ist nicht erpressbar.  
Seite 7

#### ● Exil-CDU

Nicht mit der Teilung Deutschlands abfinden.  
Seite 12

#### ● Bundespartei

Ein Brief des Bundesschatzmeisters an die Parteimitglieder. Seite 15

#### ● Europawahl

Vorstellung neuer Materialien unter besonderer Berücksichtigung der Briefwahl.  
Seite 16/19

#### ● Dokumentation

Schutz der tropischen Regenwälder. Grüner Teil

Die CDU Deutschlands begrüßt die von Bundeskanzler Helmut Kohl in der letzten Woche angekündigte Umbildung des Bundeskabinetts und die für den 27.

April vorgesehene Regierungserklärung zu den Perspektiven deutscher Politik in den 90er Jahren. Diese Entscheidungen sind eine gute Grundlage für einen neuen Aufbruch, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und neue Zuversicht zu begründen. Die CDU wird durch geschlossenes und entschlossenes Handeln in ihrer Verantwortung als größte Regierungspartei und Volkspartei der Mitte auch in Zukunft gerecht werden.

Die Politik der Koalition der Mitte hat dazu geführt, daß es den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland heute besser geht als vor dem Regierungswechsel im Oktober 1982. Mit den grundlegenden Reformen dieser Legislaturperiode wurden der von der SPD hinterlassene Problemstau überwunden und die Voraussetzung für die Sicherung der Zukunft geschaffen. Diese Politik muß im Interesse unseres Landes auch in Zukunft fortgesetzt werden. Radikale und SPD würden das bisher Erreichte und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland aufs Spiel setzen.

Die Regierungsumbildung ist eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und — wo nötig — auch Korrekturen vorzunehmen. Der Bundesvorstand der CDU empfiehlt der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion von CDU und CSU deshalb

- die beschlossene Verlängerung des Wehrdienstes auf achtzehn Monate angesichts neuer Zahlen auszusetzen, insoweit dadurch die von der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem westlichen Bündnis eingegangene Verpflichtung nicht gefährdet wird;

- unter Berücksichtigung der Harmonisierung in der EG Wege zu suchen, um

bei der kleinen Kapitalertragsteuer (sog. Quellensteuer) für die Bürger insbesondere mit kleinen und mittleren Einkommen eine Entlastung herbeizuführen;

- Ungerechtigkeiten bei der Durchführung des Fremdrentengesetzes und anderer Leistungsgesetze abzustellen, denn diejenigen, die ihre Rentenbeiträge seit Jahren hier gezahlt haben, dürfen nicht schlechter gestellt werden als beispielsweise Aus- und Übersiedler.

## Das umweltfreundliche Auto soll gefördert werden

Schutz und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind für die CDU eine vorrangige Aufgabe. Deshalb fordert der CDU-Bundesvorstand die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf,

- zum 1. 10. 1991 den geregelten Drei-Wege-Katalysator bei Neuzulassungen nach Möglichkeit in der gesamten Europäischen Gemeinschaft, auf jeden Fall aber in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtend einzuführen;

- die steuerliche Förderung des Drei-Wege-Katalysators für Kraftfahrzeuge unter 1,4 Liter Hubraum der Regelung für Fahrzeuge über 2,0 Liter Hubraum gleichzustellen.

- Die Nachrüstung von Altfahrzeugen mit Katalysatoren muß weiter gefördert werden und zwar durch einen einmaligen Förderungsbetrag, der die bisherige mehrstufige Förderung zusammenfaßt.

- Die KFZ-Steuer soll künftig bei allen Fahrzeugen nicht am Hubraum, sondern am Schadstoffausstoß orientiert sein.

- Bei Diesel-PKW sollen bei Neuzulassungen die amerikanischen Grenzwerte verpflichtend werden.

- Für das umweltfreundliche Auto mit Drei-Wege-Katalysator soll eine umfas-

sende Informationsaktion der Bundesregierung durchgeführt werden.

Weltweiter Umweltpartnerschaft bedarf es beim Schutz und der Erhaltung der tropischen Regenwälder, denn die sind für das Weltklima unersetzbar. Der CDU-Bundesvorstand fordert die Bundesregierung auf, die von Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto eingeleitete Politik „Schulden-erlaß für Natur“ auf dem EG-Gipfel in Madrid und dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris fortzusetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland darf ihre Zustimmung zu Krediten der Weltbank und des internationalen Währungsfonds nur geben, wenn eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird und die jeweiligen Projekte in Kenntnis aller Umweltwirkungen verantwortet werden können. Dies gilt auch für die Zustimmung zum Weltbankkredit an Brasilien.

## Keine weiteren Senkungen im Agrarbereich

Der Bundesvorstand der CDU fordert die Bundesregierung auf, bei den laufenden Agrarpreisverhandlungen in der Europäischen Gemeinschaft entschieden darauf zu bestehen, daß es über die vom Europäischen Rat unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl 1988 in Brüssel beschlossene Stabilisatorenregelung hinaus keine weiteren Preissenkungen im Agrarbereich gibt. Die CDU lehnt den Vorschlag der EG-Kommission zu weiteren Preissenkungen entschieden ab.

Die deutschen Landwirte haben in den letzten Jahren durch Flächenstilllegungen einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Überproduktion geleistet. Deshalb sind ihnen zusätzliche Opfer nicht zuzumuten. Aufgabe der EG-Kommission ist es, die konsequente Anwendung der im Februar

1988 beschlossenen marktentlastenden Maßnahmen in allen EG-Staaten durchzusetzen.

Anlaß zur Sorge gibt auch die Lage an unseren Hochschulen. Der Bundesvorstand der CDU fordert die dafür zuständigen Landesregierungen auf, den berechtigten Forderungen der Studenten nach einer Verbesserung der Wohn- und Studiensituation durch geeignete Maßnahmen Rechnung zu tragen und so das Sonderprogramm des Bundes zu ergänzen.

## Wer Republikaner wählt, ebnet rot-grünen Koalitionen den Weg

**Die CDU ist die Partei, die seit ihrer Gründung den politischen Radikalismus von rechts und links bekämpft. Deshalb lehnt die CDU Koalitionen mit den sogenannten Republikanern und den Grünen ab.**

Die SPD wird ihrer Verantwortung nicht gerecht, weil sie zu dieser klaren Absage an radikale Gruppierungen nicht fähig ist und mit den Grünen koalitiert. Die letzten Wahlen haben gezeigt: **Jeder, der die sogenannten Republikaner wählt, muß wissen, daß er dadurch einer rot-grünen Koalition den Weg ebnet, die eine andere Republik zum Ziel hat.**

Deutschlands Zukunft heißt Europa. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Europäische Einigung entscheidend vorgebracht. Die CDU ist die deutsche Europapartei und wird deshalb im Europawahlkampf entschieden dafür eintreten, daß im deutschen Interesse der Europäische Binnenmarkt bis 1992 verwirklicht wird. Unser Ziel bleibt die Politische Union und eine europäische Friedensordnung, die offen ist auch für die Völker Mittel- und Osteuropas und in der das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden kann.

# Eine besonders umfassende Kabinettsumbildung

**Zur Kabinettsreform gab Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 13. April 1989 folgende Erklärung ab:**

Ich habe vor Ostern eine Umbildung des Bundeskabinetts angekündigt. Hierfür ist jetzt der richtige Zeitpunkt, denn die großen Reformvorhaben dieser Legislaturperiode sind entweder abgeschlossen — die Steuerreform und die Gesundheitsreform — oder aber — wie Rentenreform und Postreform — soweit vorangetrieben, daß man sagen kann: Das von mir in der Regierungserklärung vom 18. März 1987 angekündigte Regierungsprogramm ist im wesentlichen bewältigt.

Dies wird nicht zuletzt bewiesen durch die ausgezeichnete Gesamtlage im Innern und im Bereich der Außenpolitik. Nunmehr kommt es darauf an, zusammen mit dem Ausblick auf die bis zum Ende der Legislaturperiode noch anstehenden Arbeiten vor allem auch längerfristige Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Dies werde ich in einer Regierungserklärung am 27. April tun.

Ich gebe Ihnen jetzt meine personellen Entscheidungen bekannt. Es handelt sich um eine besonders umfassende Kabinettsumbildung.

Für die weitere Arbeit der Koalition und der Bundesregierung ist es sehr wichtig, daß der CSU-Vorsitzende **Theo Waigel** in das Bundeskabinett eintritt — und zwar in ein Ressort von herausragender Bedeutung. Ich habe ihm deshalb angeboten, das Amt des Bundesministers der Finanzen zu übernehmen. Theo Waigel hat das Angebot angenommen. Ich bin über-

zeugt, daß er dieses Amt in einer ausgezeichneten Weise wahrnehmen wird.

## Dank an Gerhard Stoltenberg und Rupert Scholz

Ebenso wichtig ist, daß **Gerhard Stoltenberg** an herausgehobener Stelle Mitglied der Bundesregierung bleibt. Gerhard Stoltenberg hat bei der Sanierung der Staatsfinanzen und bei der Durchsetzung der großen Steuerreform vorzügliche Arbeit geleistet. Dafür danke ich ihm. Jetzt soll er eine neue schwierige Aufgabe übernehmen, das Amt des Bundesministers der Verteidigung. Sie alle wissen, daß unsere Bundeswehr im Augenblick mit großen Problemen zu tun hat, vor allem was das öffentliche Bewußtsein für die Notwendigkeit einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit betrifft. Gerade hier wird jetzt eine wichtige Herausforderung für Gerhard Stoltenberg liegen.

Professor **Rupert Scholz** danke ich für die Arbeit, die er geleistet hat. Er hat das oft undankbare Amt des Bundesverteidigungsministers in einer sehr schwierigen Phase auf meine Bitte übernommen und ist dort mit vielen Problemen konfrontiert worden, für die er nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das Engagement, mit dem er seine großen Gaben und seine ganze Arbeitskraft in den Dienst unserer Bundeswehr und ihrer Soldaten gestellt hat, verdient allseits Anerkennung.

Neuer Bundesminister des Innern wird Bundesminister **Wolfgang Schäuble**. Daß er für dieses Amt bestens geeignet ist, steht außer Zweifel. Ich habe seine großen Fähigkeiten bereits in der Zeit enger Zusammenarbeit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schätzengelernt. In den

letzten viereinhalb Jahren war er ein exzellenter Chef des Bundeskanzleramtes. Er ist zugleich einer meiner engsten und wertvollsten persönlichen Berater.

### **Rudolf Seiters neuer Chef im Bundeskanzleramt**

Nachfolger von Wolfgang Schäuble als Chef des Bundeskanzleramtes wird der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Rudolf Seiters**. Er war schon bisher eine der wichtigsten Stützen für die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition. Seine besonderen Begabungen, seine politische Erfahrung, seine Integrationskraft werden sich auch in der neuen Funktion bewähren.

Der bisherige Bundesminister des Innern **Friedrich Zimmermann**, der dieses Amt seit nunmehr sechseinhalb Jahren ausübt und an dessen Pionierleistung auf dem Gebiet einer fortschrittlichen Umweltpolitik ich hier noch einmal erinnern

möchte, wird das Amt des Bundesverkehrsministers übernehmen. **Jürgen Warnke** wird wieder Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Einen Wechsel gibt es auch an der Spitze des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. **Oscar Schneider** hat dieses Ressort mit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 übernommen. Mit seinem Namen bleibt

vor allem die Schaffung des Baugesetzbuches verbunden. Auf seinen wertvollen Rat in kulturellen Angelegenheiten möchte ich auch künftig nicht verzichten, und ich werde ihn daher bitten, in enger Zusammenarbeit mit bei der Betreuung der großen Museumsprojekte in Bonn und Berlin weiterhin mitzuwirken.

### **Eine dritte Frau im Kabinett**

Als seine Nachfolgerin wird die CSU-Bundestagsabgeordnete **Gerda Hassel-**

**feldt** in das Bundeskabinett eintreten. Damit werden erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland drei Ministerinnen dem Bundeskabinett angehören. Mit Frau Hasselfeldt übernimmt eine Vertreterin der jüngeren Generation dieses wichtige Amt. Als Diplom-Volkswirtin und Mutter von zwei Kindern weiß sie um die besonderen Anliegen von jungen Familien in der Wohnungsver-sorgung.

Auch in der Leitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung ist ein Wechsel vorgesehen. **Friedhelm Ost** hat nunmehr fast vier Jahre lang an der Spitze dieses Amtes gestanden und mußte seine Aufgaben in einer politisch sehr schwierigen Zeit erfüllen. Ich danke ihm für seinen Einsatz, seine Loyalität und für die menschliche Verbundenheit, die unsere gemeinsame Arbeit ausgezeichnet hat. **Friedhelm Ost** wird mir als Berater, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, auch weiterhin zur Verfügung stehen.

An seiner Stelle wird **Hans Klein** als Bundesminister für besondere Aufgaben die Leitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und die Aufgaben des Regierungssprechers übernehmen. Ich brauche Ihnen Hans Klein Ihren langjährigen früheren Kollegen nicht vorzustellen. Die meisten von Ihnen kennen ihn seit vielen Jahren. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm.

### **Veränderungen bei den Staatssekretären**

Auch auf der Ebene der Parlamentarischen Staatssekretäre wird es Veränderungen geben: **Manfred Carstens** wird Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Er tritt dort an die Stelle von **Hansjörg Häfele**. Beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird der CSU-Bundestagsabgeordnete **Horst Seehofer** Parla-

mentarischer Staatssekretär an Stelle von **Stefan Höpfinger**. **Norbert Lammert** löst beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft **Irmgard Karwatzki** ab. Beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird **Hans-Peter Repnik** das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs von **Volkmar Köhler** übernehmen. Den ausscheidenden Parlamentarischen Staatssekretären danke ich für die Arbeit, die sie in der Bundesregierung geleistet haben.

## Das neue Kabinett

Bundeskanzler	<b>Helmut Kohl (CDU)</b>
Auswärtiges Amt	<b>Hans-Dietrich Genscher (FDP)</b>
Inneres	<b>Wolfgang Schäuble (CDU)</b>
Justiz	<b>Hans Engelhard (FDP)</b>
Finanzen	<b>Theo Waigel (CSU)</b>
Wirtschaft	<b>Helmut Haussmann (FDP)</b>
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<b>Ignaz Kiechle (CSU)</b>
Innerdeutsche Beziehungen	<b>Dorothee Wilms (CDU)</b>
Arbeit und Sozialordnung	<b>Norbert Blüm (CDU)</b>
Verteidigung	<b>Gerhard Stoltenberg (CDU)</b>
Jugend, Familie Frauen und Gesundheit	<b>Ursula Lehr (CDU)</b>
Verkehr, Umwelt	<b>Friedrich Zimmermann (CSU)</b>
Naturschutz und Reaktorsicherheit	<b>Klaus Töpfer (CDU)</b>
Post- und Fernmeldewesen	<b>Christian Schwarz-Schilling (CDU)</b>
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	<b>Gerda Hasselfeldt (CSU)</b>
Forschung und Technologie	<b>Heinz Riesenhuber (CDU)</b>
Bildung und Wissenschaft	<b>Jürgen Möllemann (FDP)</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	<b>Jürgen Warnke (CSU)</b>
Kanzleramtsminister	<b>Rudolf Seiters (CDU)</b>
Sprecher der Bundesregierung und Bundesminister für besondere Aufgaben	<b>Hans Klein (CSU)</b>

## Klarstellung

**Über die vom Berliner Bürgermeister Momper (SPD) angeregte Vermittler-tätigkeit der Bundestagspräsidentin sind in der Presse mißverständliche Interpretationen erschienen. Zur Klarstellung veröffentlichen wir deshalb die Pressemitteilung, die die Bundestagspräsidentin am 30. März 1989 in Bonn herausgegeben hat. Sie hat folgenden Wortlaut:**

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth ist während eines Kurzurlaubs im Ausland über die Bitte des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder, **Walter Momper**, unterrichtet worden, als Vermittlerin zwischen den Bundesländern einerseits und den Strafgefangenen aus der terroristischen Szene andererseits tätig zu werden.

Grundsätzlich steht die Bundestagspräsidentin von ihrem Amt und ihrer Person her für vermittelnde Aufgaben außerhalb des Parlaments zur Verfügung.

In der konkreten Situation sind jedoch die Justizminister der Länder und des Bundes verantwortlich und nehmen ihre Verantwortung wahr. Von ihnen müßte ein Vermittlungsauftrag ergehen. Ein solcher Auftrag liegt bislang nicht vor.

## CDU und CSU für Richard von Weizsäcker

Die Unionsparteien CDU und CSU wollen gemeinsam Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** zur Wiederwahl am 23. Mai 1989 vorschlagen. Das hat Bundeskanzler Kohl in einen mit dem CSU-Vorsitzenden **Waigel** abgestimmten Brief an die Führungsspitzen der drei Koalitionsparteien angekündigt.

Helmut Kohl:

# Der demokratische Rechtsstaat ist nicht erpreßbar

**Im Verlauf der Bundespressekonferenz vom 13. 4. erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl auf eine Frage nach dem Hungerstreik von Strafgefangenen aus dem Terrorismusbereich: Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, eine grundsätzliche Bemerkung zu der gegenwärtigen Debatte über den Hungerstreik terroristischer Strafgefangener zu machen.**

Ich bedauere zutiefst das Vorgehen des Berliner Senats, namentlich des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Ich kann überhaupt nicht verstehen und finde es zutiefst bedauerlich, daß man in einer so schwierigen Situation und das nach all den Erfahrungen, die wir in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit der Herausforderung durch den Terrorismus gemacht haben die Gemeinschaft der Bundesländer in eine solche Lage bringen konnte.

Es wäre im größten Interesse unseres Staates, wenn die Bundesländer, die hier eine besondere Verantwortung haben, wieder zur Gemeinschaft fänden. Ich habe beispielsweise überhaupt nicht verstehen können, warum der Kompromißvorschlag, daß man die terroristischen Strafgefangenen in den allgemeinen Strafvollzug überführt, wie das in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren der Fall ist, ausgerechnet von Nordrhein-Westfalen abgelehnt wurde.

Aber in diesem Zusammenhang ist noch sehr viel unverständlicher, daß da von „Verhandlungen“, gesprochen wird, als stünden sich hier Tarifparteien gegen-

über. Adressat der von den Terroristen erhobenen Forderungen ist doch nicht irgendein Verband, sondern der demokratische, freiheitliche Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Rechtsstaat ist gegründet auf eine Verfassungsordnung, die den Schutz des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit, des Privateigentums und vieler anderer Rechtsgüter garantiert. Und bei dem Hungerstreik handelt es sich schlicht um den Versuch, unseren freiheitlichen Rechtsstaat zu erpressen.

Es soll kein Zweifel in der deutschen Öffentlichkeit aufkommen: **Ich als der frei gewählte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland halte daran fest, daß dieser Staat nicht erpreßbar sein darf.** Ich bekräftige hier eine Position, die ich in einer sehr schwierigen Zeit schon als Oppositionsvorsitzender eingenommen habe. Damals ging es um das Schicksal, ja um das Leben von persönlichen Freunden.

Ich war zweimal in meinem Leben in der bitteren Situation, daß mein Wort angesichts einer solchen Bedrohung ein besonderes Gewicht hatte und zwar nicht nur wegen meiner Funktion, sondern auch wegen meiner sehr persönlichen Bindung an die Opfer: bei der Entführung und Ermordung meines Freundes Hanns-Martin Schleyer.

Ich habe aus den Erfahrungen bei der Entführung von Peter Lorenz dazugelernt. Damals habe ich eine Entscheidung mitgetragen, ja mitherbeigeführt, die ich dann später selbst für falsch erklären mußte; damals fehlten mir allerdings

noch die einschlägigen Erfahrungen. Doch wenige Tage, nachdem Peter Lorenz seine Freiheit wiedererlangt hatte, habe ich öffentlich erklärt: Ein solcher Vorgang darf sich nicht wiederholen.

Und wenn jetzt diesem Staat wieder gedroht wird, wenn in diesen Tagen auch schon entsprechende Anschläge geschehen, dann kann ich nur bekräftigen: Dieser demokratische Rechtsstaat ist nicht erpreßbar! Daß Anwälte von terroristischen Strafgefangenen, die viele Morde auf dem Gewissen haben, diesen Staat erpressen wollen mit Forderungen, wie sie in diesen Tagen zu hören sind, ist für mich inakzeptabel.

Man kann mir wirklich nicht den Vorwurf machen, daß ich für Akte der Humanität nicht aufgeschlossen bin: Ich habe als einer der ersten Ministerpräsidenten eine neue Gnadenpraxis bei verurteilten Schwerstkriminellen eingeführt. Für mich ist die Möglichkeit, daß Gnade vor Recht geht, eine bedeutsame Erfahrung.

Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann, hat damals meine Mainzer Gnadenpraxis als besonders beispielhaft bezeichnet. Ich bin also keineswegs jemand, der gegenüber solchen Verbrechen keine Menschlichkeit kennt.

## An die Familien der Opfer denken

Aber so, wie wir das in diesen Tagen erleben, geht es nun wirklich nicht. Wenn in der deutschen Öffentlichkeit jetzt zum Teil sogar der Eindruck erweckt wird, als würde hier in einer besonders unmenschlichen Weise verfahren, dann kann ich nur sagen: Es ist für mich erstaunlich, wie wenig die Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes vom 4. April mit ihrer ausführlichen Schilderung der tatsächlichen Haftbedingungen in der deutschen

Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurde.

Wir haben doch auch eine Pflicht gegenüber den Familien der Opfer. Ich bin nicht für eine Politik der Vergeltung, ich habe eben von meinen Erfahrungen in Mainz berichtet. Aber wenn ich sehe, um wen es sich hier zum Teil handelt, und wenn ich mir vorstelle, daß das Täter sind, die mitgemacht haben bei der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback, des Kraftfahrers Göbel, des Justizhauptwachmeisters Wurster, des Bankiers Ponto, von Hanns-Martin Schleyer, der Polizeibeamten Brändle, Pieler, Ulmer, des Kraftfahrers Marcisz und vieler anderer, dann kann ich vor Verharmlosungen nur warnen.

## Die Bürger können sich auf uns verlassen

Ich habe den Eindruck, es ist an der Zeit, daß in der deutschen Öffentlichkeit auch einmal ein klares Wort gesagt wird zu dem, was damals geschehen ist:

Das waren doch nicht irgendwelche Kavaliersdelikte. Und wenn ich nun noch einmal darüber nachdenke, wie die heutige Situation der Täter von damals ist — wenn ich sehe, daß der eine oder andere im Jahr 1988 680 Briefe erhielt und 437 Briefe verschickte, daß 132 Besuchsstunden zu verzeichnen waren, wenn ich die Ausstattung der Zellen im einzelnen sehe — dann muß ich Ihnen schon sagen: Das hat doch nichts mit einer unmenschlichen Haltung des Staates zu tun!

Ich sage Ihnen in aller Klarheit: Eine Entwicklung, wie sie sich jetzt bei einigen Landesregierungen abzeichnet, daß nämlich dieser Staat sich dem Druck beugt, findet mit mir nicht statt. Dies ist ein ganz klares und entschiedenes Wort des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, auf das sich die Bürger verlassen können!

## Neues Heimgesetz

### Ein Weg zu mehr individuellem Wohnen

Die Novelle des Heimgesetzes bringt den mehr als 600.000 Heimbewohnern mehr Rechte. Zugleich trägt die Novellierung des Heimgesetzes deutlich dazu bei, den grundlegend gewandelten Lebenssituationen älterer Menschen in Heimen gerecht zu werden. Gerhard Braun, Bundesvorsitzender der Senioren-Union: Die neue Definition des Heimbegriffs hilft in Zukunft vielen Menschen, die ihnen entsprechende Wohnform zu finden. Damit wird mit der Neudefinition des Heimbegriffs gleichzeitig ein Weg zu mehr individuellem Wohnen im Heim verfolgt.

Der Heimträger ist künftig verpflichtet, die jeweilige und zudem individuelle Leistung für den Heimbewohner zu erbringen bzw. die jeweilige Leistung auch dem Gesundheitszustand des Heimbewohners anzupassen. Damit unterliegt der Heimträger in Zukunft der Obhutspflicht für den Heimbewohner, was zur Folge hat, daß der Heimträger bei einer Gesundheitsverschlechterung des Heimbewohners auch mehr Leistung erbringen muß, während der Heimträger bei einer Verbesserung des Gesundheitszustandes des Heimbewohners auch dafür Sorge trägt, den Heimbewohner aus dem Pflegebereich in den Wohnbereich zu rehabilitieren.

Der individuelle Heimvertrag wird in Zukunft auch dem Heimbewohner deutlich mehr Möglichkeiten geben, seine Rechte wahrzunehmen, zumal der Heimträger in Zukunft bei den Heimverträgen alle seine Leistungen schriftlich fixieren muß.

## Bundesvorstand:

### SPD läßt sich unter Druck setzen

Aus aktuellem Anlaß erklärt der Bundesvorstand der CDU zum Verhalten der SPD gegenüber terroristischen Strafgefangenen:

Als die SPD noch in Bonn regierte, konnte sie sich im Kampf gegen den Terrorismus immer auf die Union verlassen. Der Bundesvorstand der CDU fordert die SPD auf, zur früher selbstverständlichen, eindeutigen Haltung gegenüber Terroristen zurückzukehren, die sie jetzt aufgekündigt hat. Im Kampf gegen den Terrorismus müssen Demokraten Geschlossenheit zeigen.

Ein Teil der SPD läßt sich durch den Hungerstreik terroristischer Strafgefangener unter Druck setzen. Dies gefährdet das Rechtsbewußtsein und beschädigt das Ansehen des Rechtsstaates. Der freiheitliche Rechtsstaat darf sich von terroristischen Gewalttättern nicht erpressen lassen. Der Bundesvorstand der CDU unterstützt die entschiedene Linie der von CDU und CSU regierten Bundesländer, des Bundeskanzlers und der Bundesregierung.

In der Vergangenheit konnten etwa 25 Prozent der Heime aus organisatorischen und gesundheitlichen Gründen keinen Heimbeirat wählen. Dies wird in Zukunft anders werden, da die Novellierung des Heimgesetzes auch einen Heimfürsprecher vorsieht. Der Heimfürsprecher wird in Zukunft an jenen Heimen die Rechte der Heimbewohner wahrnehmen, wo es ansonsten nicht möglich war bzw. möglich ist, einen Heimbeirat zu wählen.

# DGB soll sich eindeutig zur Bundeswehr bekennen

Das Präsidium der CDU Deutschlands hat (in seiner Sitzung am 16. 4. 1989) folgenden Beschluß gefaßt:

Das Präsidium der CDU Deutschlands verurteilt auf das Schärfste die Unterstützung des gemeinsamen Aufrufs aus der IG Metall und der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner — zur Wehrdienstverweigerung durch die Industriegewerkschaft Medien und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Das Präsidium fordert den DGB auf, sich unmißverständlich und uneingeschränkt hinter den Friedensauftrag unserer Soldaten in der Bundeswehr zu stellen und die Diffamierungskampagne in Teilen seiner Einzelgewerkschaften zu stoppen.

Die Erklärungen der Gewerkschaftsvertreter zur „massenhaften Kriegsdienstverweigerung“ sind ein Schlag ins Gesicht unserer Soldaten, von denen Hunderttausende selbst Arbeiter sind oder aus Arbeiterfamilien kommen.

Diese Gewerkschaftsvertreter mißachten damit eklatant das Grundgesetz, zu dessen Schutz die Bundeswehr berufen ist. Sie untergraben eine wichtige Säule unserer Werteordnung. Die Aufrufe fördern die Abrüstung nicht. Im Gegenteil: Mit ihren Erklärungen fallen die Vertreter des DGB der Bundesregierung bei ihren intensiven Abrüstungsverhandlungen in den Rücken. Sie verraten ihre eigene Gewerkschaftstradition, für Frieden und Menschenrechte weltweit zu kämpfen.

Die Soldaten der Bundeswehr schützen mit ihrem verantwortungsvollen Dienst die Werte unserer Verfassung, den freiheitlichen Rechtsstaat und unsere demokratische Lebensform. Zu ihr gehören

nicht zuletzt Meinungsfreiheit, Gewissens- und Koalitionsfreiheit und damit auch die Grundlage für gewerkschaftliche Existenz und gewerkschaftliches Handeln.

Die NATO und die Soldaten der Bundeswehr haben uns in der Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre lang Frieden und Freiheit bewahrt. Sie haben damit nicht nur die längste Friedensperiode der neuen deutschen Geschichte möglich gemacht, sondern auch einen Zeitraum, in dem die deutschen Arbeitnehmer ein nie gekanntes Maß an Wohlstand, sozialer Sicherheit und Mitwirkungsrechten erlangt haben. Unsere Soldaten schützen mit ihrem Dienst auch das Gewissensrecht auf Wehrdienstverweigerung.

Das CDU-Präsidium erwartet vom DGB ein uneingeschränktes Ja zum Verteidigungsauftrag der Bundeswehr. Es fordert den DGB auf, dafür zu sorgen, daß auch innerhalb seiner Einzelgewerkschaften der Konsens über die Grundlagen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates wiederhergestellt wird.

## Schüler Union wählt neuen Bundessprecher

Am Sonntag wurde auf einer Sitzung des Bundeskoordinationsausschusses der Schüler Union (SU) Harald Cröbmann zum Bundessprecher seiner Organisation gewählt. Der 22jährige Berufsschüler aus Duisburg tritt damit die Nachfolge des bisherigen Bundessprechers Johannes Kram an.

## Dokumentation zur Umweltpolitik

Im nächsten UiD werden wir den von einer Kommission unter Leitung von Bundesminister Klaus Töpfer erarbeiteten „Diskussionsentwurf zur Umweltpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Europapolitik“ veröffentlichen. Damit soll den Parteigliederungen genügend Zeit gegeben werden, sich ausführlich mit der Thematik zu befassen. Der Diskussionsentwurf hat dem Bundesvorstand vorgelegen. Der Bundesvorstand hat eine Kommission beauftragt, den Entwurf zu straffen und als Antrag für den Bremer Bundesparteitag im September dieses Jahres vorzubereiten. Auch diese Leitthesen werden wir zum gegebenen Zeitpunkt im UiD veröffentlichen.

Bekanntlich soll in Bremen ein Manifest zur Umwelt- und Energiepolitik der CDU verabschiedet werden.

## Mit Hessen geht es wieder aufwärts

Die hessische CDU/FDP-Regierung hat eine positive Bilanz ihrer ersten zwei Regierungsjahre gezogen. Ministerpräsident Wallmann (CDU) und sein Stellvertreter Gerhardt (FDP) bezeichneten in Wiesbaden die Zusammenarbeit der Koalitionspartner nicht nur als „verlässlich“, sondern auch als „erfolgreich“. Mit Hessen „geht es wieder aufwärts“, sagte Wallmann. Das Land liege mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung an der Spitze. Hessen liege mit einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt und gemeinsam mit Bayern nach Baden-Württemberg an zweiter Stelle aller Bundesländer.

Nach Wallmanns Auffassung könne sich die Halbzeitbilanz der hessischen Regierung auf vielen Gebieten „sehen lassen“. Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP sei „zu einem beachtlichen Teil erfüllt“. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit sehe die Koalition der Landtagswahl 1991 „zuversichtlich“ entgegen. Wallmann warnte allerdings vor „Selbstgerechtigkeit“. Aus dem Ergebnis der

Kommunalwahl im März zog er den Schluß, daß die Regierungsparteien „viel mehr den Dialog mit den Bürgern suchen“ müßten und sich darum bemühen sollten, das Vertrauen in den Staat und in die Politiker zu stärken.

## Künftig keine Sonderregelung

Asylbewerber aus dem Ostblock sind in Zukunft nach einer rechtskräftigen Ablehnung ihres Asylverfahrens grundsätzlich zur Rückkehr in ihr Heimatland verpflichtet. Diesen Beschluß faßte die Innenministerkonferenz in Köln. Sie hat damit bisher geltende Sonderregelungen aufgehoben. Damit werden Asylbewerber aus dem Ostblock künftig wie alle anderen Asylbewerber auch behandelt. „Falls im Einzelfall Abschiebungshindernisse bestehen, sind diese im Rahmen der Einzelfallprüfung — unter Hinzuziehung der aktuellen Lageberichte des Auswärtigen Amtes — zu berücksichtigen“, sagte der baden-württembergische Innenminister Schlee (CDU). Damit sei sichergestellt, daß niemand in einen Ostblockstaat abgeschoben werde, wenn ihm dort Gefahren für Leib oder Leben drohten.

# Nicht mit der Teilung Deutschlands abfinden

Die Wiedervereinigung Deutschlands sei durch die Reformpolitik Gorbatschows und das Abflachen des Ost-West-Gegensatzes wieder „in den Bereich des Möglichen gerückt.“ Dies erfordere eine veränderte Deutschlandpolitik der Bundesregierung, die nicht mehr auf die Linderung der Teilungsfolgen, sondern auf die Wiedererlangung der staatlichen Einheit zielen müsse. Diese Auffassung vertrat der Vorsitzende der Exil-CDU, Dübel, am 14. 4. 1989 vor den Delegierten des 20. Parteitages seiner Organisation in Duderstadt.

Die Frage der Wiedervereinigung müsse jetzt gegenüber Gorbatschow angesprochen werden, sagte Dübel. Entscheidend sei bei Gorbatschows Besuch in Bonn das Bestehen auf der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes und die Feststellung, daß die Sowjetunion nicht nur als Siegermacht die Verpflichtung habe, an der Wiedervereinigung aktiv mitzuwirken, „sondern daß das auch in ihrem politischen Interesse liegt.“ Von der DDR verlange man das Einleiten demokratischer Reformen, so wie es in anderen sozialistischen Staaten längst geschehen sei. Einer Wiedervereinigung unter deutscher Neutralität müsse man „widerstehen“, sagte Dübel.

## Reformkräfte in der DDR stärken

Dübel stellte weiter fest: „Unsere Aufgabe muß es sein, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Wiedervereinigung ermöglicht, entworfen und politisch umgesetzt werden kann.“

Die Exil-CDU wolle, daß nun, da die politischen Reformen auch vor der Tür der DDR stünden, die Menschen in der DDR blieben, weil sie dort gebraucht würden. „Kein junger Deutscher sollte mehr fliehen“, sagte Dübel. Er setze sich für eine Stärkung der Reformkräfte in der DDR ein, insbesondere durch Kontakte zu den Mitgliedern der CDU der DDR.

## Gegen Gewalt an der Mauer

Bundestagspräsidentin Süßmuth und Bundesministerin Wilms setzten sich für eine Fortsetzung des deutsch-deutschen Dialogs ein. Rita Süßmuth äußerte die Überzeugung, daß sich auch die DDR den demokratischen Prozessen in Osteuropa nicht entziehen könne, „es sei denn, mit extremer Gewalt.“ Die bundesdeutsche Politik der Öffnung gegenüber dem Osten, zu der auch die Gewährung von Krediten gehöre, führe offenbar nicht, wie von Kritikern behauptet, zu einer Stabilisierung des östlichen Systems, sondern zu menschlichen Erleichterungen und zu einer Stärkung von Freiheit und Demokratie. Eines der größten Hindernisse im deutsch-deutschen Dialog ist nach Ansicht der Bundestagspräsidentin nach wie vor die Gewalt an der Mauer. Bundesministerin Dorothee Wilms versprach, Bonn werde die DDR immer wieder gezielt auf die Verletzung von Menschenrechten hinweisen. Bei der Aushandlung menschlicher Erleichterungen habe die christlich-liberale Bundesregierung in den letzten Jahren umfassende Erfolge erzielt. 1988 habe bereits jeder zehnte erwachsene DDR-Bewohner unterhalb des Rentenalters die Bundesrepublik besuchen dürfen.

# Entschiebung zur Deutschland- und Ostpolitik

**Der 20. Parteitag der Exil-CDU hat am 14./15. April 1989 in Duderstadt folgende Entschiebung gefaßt:**

Die Exil-CDU begrüßt den bevorstehenden Besuch des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, bei Bundeskanzler Helmut Kohl. Er findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem sowohl in der Sowjetunion als auch in einigen osteuropäischen Staaten erste konkrete Ansätze für eine demokratische Entwicklung zu erkennen sind.

Die neue sowjetische Führung hat die Außenpolitik ihrer Vorgänger, insbesondere die Stalins und Breschnews, als Hochrüstung- und offensive Konfliktpolitik charakterisiert und nachdrücklich kritisiert. Zentraler Bestandteil dieser Politik war die von Stalin vollzogene Spaltung Deutschlands. Unter Mißachtung der Potsdamer Beschlüsse, die eine demokratische Entwicklung für ganz Deutschland vorsahen, hat er der sowjetischen Besatzungszone sein Unrechtssystem aufgezwungen, ein System politischer Herrschaft, das die KPdSU in der Sowjetunion umgestalten will.

Die vier Mächte tragen nach wie vor Verantwortung für die Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen. Dieser Verantwortung kann sich die Sowjetunion nicht dadurch entziehen, daß sie auf die Souveränität der DDR verweist.

Die Exil-CDU fordert die Regierung der DDR auf, endlich den Bürgern demokratische Rechte zu gewähren. Sie kann dadurch einen Beitrag dazu leisten, den Ost-West-Gegensatz, der in anderen Teilen Europas weitgehend abgebaut wurde,

zum Beispiel zwischen Österreich und Ungarn, auch in Deutschland zu mindern. Die DDR hat es in der Hand, durch solche Maßnahmen den Frieden in der Welt sicherer zu machen und dafür zu sorgen, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben, so daß Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verschwinden, die selbst die Sowjetunion als anachronistisch ansieht.

Bundeskanzler Helmut Kohl gebührt Dank, daß er das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes bei seinem Besuch in Moskau nachdrücklich vertreten und sich damit auch der Sorgen der mitteldeutschen Bevölkerung angenommen hat. Wir richten an ihn die dringende Bitte, diese Politik unbeirrt fortzuführen. Eine Aufarbeitung der negativen Folgen der Stalinschen Außenpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für eine friedliche und demokratische Entwicklung in Europa.

---

## Bischöfe rufen zur Europawahl auf

Die katholischen Bischöfe in den zwölf EG-Ländern haben zur Teilnahme an der Europawahl am 18. Juni aufgerufen. „Es steht bei diesen Wahlen viel auf dem Spiel, besonders im Blick auf den für 1993 geplanten europäischen Binnenmarkt“, heißt es in einer Erklärung der Kommission der Bischofskonferenzen der EG (Comece). Jeder einzelne sei aufgerufen, seine Wertvorstellungen, auf denen er die Gemeinschaft aufgebaut sehen möchte, mit seiner Stimmabgabe zum Ausdruck zu bringen.

# Genug diskutiert, jetzt die Konsequenzen ziehen

„Wir haben genug diskutiert, die Fehler sind erkannt, jetzt müssen die Konsequenzen gezogen werden.“ Mit diesen Worten appellierte der Bremer CDU-Landeschef und Bundestagsabgeordnete Bernd Neumann an die rund 250 Delegierten des ordentlichen Landesparteitages der Bremer CDU am vergangenen Wochenende, nach vorn zu schauen und die Positionen der CDU kämpferisch und geschlossen zu vertreten.

Bernd Neumann sprach sich eindeutig dagegen aus, Entscheidungen zurückzunehmen, nur weil sie unpopulär seien. Dies verschreckte die Wähler eher und sei unglaubwürdig. Wo jedoch Fehler gemacht worden oder neue Fakten entstanden seien, müsse dies zugegeben und korrigiert werden. Bernd Neumann nannte hier als Beispiele die Quellensteuer und die Wehrdienstverlängerung. Zur Wehrdienstverlängerung verabschiedete der Parteitag dann auch einen entsprechenden Antrag.

Um die nächste Bundestagswahl zu gewinnen, sei es erforderlich, daß sich die Union nicht mehr nur mit sich selbst beschäftige, sondern ab sofort mit dem politischen Gegner.

Eindeutig unterstützten die Delegierten in einem Antrag die Haltung der Bundesregierung und der christdemokratischen Landesjustizminister, „dem erpresserischen Druck der rechtskräftig verurteilten RAF-Terroristen auf Zusammenlegung nicht nachzugeben“.

Einstimmig wurde ein vom Landesvorstand vorgelegter Leit Antrag zur Ausländer-, Aussiedler- und Asylpolitik verabschiedet, der eine klare Abgrenzung nach

links und rechts vornimmt. Tenor der Aussagen: deutsche Aussiedler aufnehmen, lange in der Bundesrepublik Deutschland lebende Ausländer integrieren, den weiteren Zuzug von Ausländern im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen begrenzen, den Mißbrauch des Asylrechts beenden sowie eine deutliche Absage an ein kommunales Ausländerwahlrecht, auch im Rahmen der EG. Letzteres könne erst eingeführt werden, wenn wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union erreicht und eine europäische Verfassung verabschiedet worden seien.

Im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl befaßte sich der Parteitag darüber hinaus schwerpunktmäßig mit der Europapolitik. Unter Beteiligung von Experten aus der Wirtschaft, den Gewerkschaften, dem Sozialwesen sowie aus den Bereichen Kultur und Bildung diskutierte man in zwei Foren, welche Chancen sich für das Land Bremen durch den Binnenmarkt '92 ergeben und wie die bremische Politik sich darauf vorbereiten muß.

Stürmischen Applaus erhielt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, der sich zum Abschluß des Parteitages in einer sowohl analytischen wie auch visionären Rede für „ein geeintes Deutschland in einem vereinten Europa“ stark machte. Erst die politische Union gebe Europa eine hörbare Stimme, die über den Atlantik und in den Kreml dringe. Eine solche Union würde es auch den freien Staaten Europas ermöglichen, eine gemeinsame europäische Ostpolitik mit dem Ziel zu betreiben, die Teilung Europas zu überwinden.

# CDU

5300 Bonn 1, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 544-0, Fernschreiber 8 86 804

## DER BUNDESSCHATZMEISTER

Liebe Mitglieder der CDU,

als Schatzmeister der Christlich Demokratischen Union Deutschlands möchte ich mich mit diesen Zeilen persönlich an Sie wenden. Sie alle wissen:

Die Regierung Helmut Kohl hat unser Land in den vergangenen Jahren gut regiert. Diese gute Politik für unser Land wird bei den Wählern jedoch nur dann auf Dauer mehrheitsfähig bleiben, wenn wir als CDU-Mitglieder alle dazu beitragen,

- durch Gespräche mit unseren Nachbarn und Freunden
- durch aktiven Einsatz bei Aktionen unserer CDU vor Ort
- durch die finanzielle Unterstützung der Arbeit unserer Partei.

Liebe Mitglieder, Ihre Mitgliedsbeiträge und Spenden sind unersetzliche Finanzquellen für die Arbeit der CDU. Durch sie unterstützen Sie tatkräftig die Politik der Union in unserem Land!

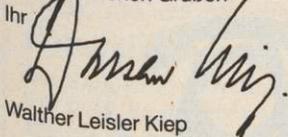
Wissen Sie eigentlich, daß Sie für jede Mark, die Sie der CDU als Mitgliedsbeitrag zur Verfügung stellen, 50 Pfennige vom Finanzamt zurückerhalten? Auch für Ihre persönliche Spende gilt das Gleiche. Überlegen Sie deshalb bitte einmal, ob die Höhe Ihres Mitgliedsbeitrages heute noch so aktuell ist wie bei Ihrem Eintritt in die CDU, oder ob Sie nicht noch mehr für den dauerhaften Erfolg der CDU tun können - und das sogar mit Unterstützung des Finanzamtes!

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat ein Informationsblatt für Sie vorbereitet, das Sie mit dem untenstehenden Coupon bestellen können. Das Infoblatt gibt Ihnen Auskunft darüber, wie der Staat Ihnen das Zahlen Ihres Mitgliedsbeitrages oder Ihrer Spende leichter macht.

Ich hoffe, daß auch Sie sich entscheiden können, die CDU noch stärker zu unterstützen,

mit freundlichen Grüßen

Ihr



Walther Leisler Kiep

### COUPON

**Ja,** ich möchte wissen, wie der Staat mir hilft, die Arbeit der CDU zu unterstützen!



Schicken Sie mir bitte Informationen: „Steuerliche Möglichkeiten beim Mitgliedsbeitrag, persönlichen Spenden, Firmenspenden“

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

An die  
CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Büro Bundesschatzmeister  
Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1

## Materialien für Ihren Europa-Wahlkampf

Damit die Verbände der CDU für den Europa-Wahlkampf auch argumentativ gut gerüstet sind, hat die Bundesgeschäftsstelle drei neue nebenstehend abgebildete Broschüren herausgegeben, die deutsche Interessen und die Position der CDU verdeutlichen. Es sind unentbehrliche Helfer im Wahlkampf.

Bestellungen an:  
**IS Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**

Deutschlands Zukunft heißt Europa



**Wir setzen deutsche  
Interessen im Binnen-  
markt durch**



**Wir setzen deutsche Interessen im  
Binnenmarkt durch**

Bestell-Nr.: 5147

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 22,50 DM  
zuzügl. MwSt.

## Europa- Wahlkampftelefon

Ab sofort ist in der Bundesgeschäftsstelle wieder das bewährte Wahlkampftelefon eingerichtet. An ihm erhalten Sie Auskunft zu allen Fragen über die Europa-Wahl!



Das Telefon ist besetzt während der normalen Dienstzeiten:

**Mo.-Do. 8.15 Uhr-17.15 Uhr**  
**Fr. 8.15 Uhr-15.00 Uhr**

**Telefon Nr. (0228) 544-338**

Deutschlands Zukunft heißt Europa



Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz durch



Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz durch

Bestell-Nr.: 5145

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 22,50 DM zuzügl. MwSt.

Deutschlands Zukunft heißt Europa



Deutschlands Zukunft heißt Europa

Bestell-Nr.: 5146

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je Mindestabnahme: 22,50 DM zuzügl. MwSt.

## STICHWORT

### Europäische Freihandelszone

Die Europäische Freihandelszone (EFTA) wurde 1959 von sieben Ländern gegründet, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nicht beitreten wollten: Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Österreich und Portugal. 1970 ist Island und 1986 ist Finnland der EFTA als Vollmitglied beigetreten. Durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks (1. Januar 1973) und Portugals (1. Januar 1986) zur EG verlor die EFTA an Bedeutung. Zwischen der EG

und der EFTA besteht ein Freihandelsabkommen.

Im Unterschied zur EG beschränkt sich die EFTA als Freihandelszone auf den Abbau aller Zölle und Handelsbeschränkungen im Handelsverkehr untereinander. Sie wendet keine gemeinsamen Zolltarife im Handel mit Drittländern an. Der Aufbau einer gemeinsamen Wirtschaftsunion ist nicht vorgesehen. Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 wird die EG für die einzelnen EFTA-Mitglieder noch attraktiver. So streben Österreich, die Schweiz, Norwegen und Finnland engere Beziehungen zur Gemeinschaft, eventuell sogar einen EG-Beitritt an.

Neu

# Prospekt Briefwahl

## Briefwahl Europa '89



### Ohne CDU kein starkes Deutschland in Europa

Deutsche Interessen zu schützen, deutsche Maßstäbe durchzusetzen, Deutschland stark zu machen für den Binnenmarkt – darum geht es bei Ihrer Wahlentscheidung für das Europäische Parlament. Keine Angst vor Europa, denn Europa lohnt sich für uns Deutsche – dies kann nur eine starke CDU garantieren:

1. Europa sichert uns Frieden und Freiheit
2. Der Binnenmarkt schafft Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze
3. Europäische Forschung und Technologie sichern uns Wettbewerbsfähigkeit
4. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa – deutscher Maßstab muß hier führend werden
5. Europa bietet neue Chancen für Kunst und Kultur

Nutzen Sie deshalb die Briefwahl für Ihre Zukunft und die Ihrer Kinder, wenn Sie am 18. Juni nicht in Ihr Wahllokal gehen können. Fordern Sie die Briefwahlunterlagen bei Ihrem Wahlamt an.

## Briefwähler stimmen für die CDU

Über 50 Prozent aller Briefwähler haben bei den vergangenen Europawahlen ihre Stimme der CDU gegeben. Auch diesmal gilt deshalb: Briefwahlstimmen sind eine große Chance für die CDU!

### Gezielt verteilen

Wichtig ist, daß wir CDU-Wähler mobilisieren. Damit es keine zu großen Streuverluste gibt, empfehlen wir Ihnen, den Briefwahlprospekt gezielt zu verteilen. Hier einige Tips:

● Suchen Sie sich aufgrund der letzten Wahlergebnisse die Stimmbezirke mit einem über-

durchschnittlich hohen CDU-Anteil heraus. Dort muß der Briefwahlprospekt in jeden Briefkasten!

● **Zielgruppe: Menschen, für die der Gang zur Wahl beschwerlich ist.** Gerade für viele ältere Menschen ist die Briefwahl eine große Hilfe. Sorgen Sie deshalb bitte dafür, daß unser Briefwahlprospekt überall dort hinkommt, wo viele ältere Menschen zusammen sind (z. B. Altenclubs, Altenheime etc.).

● **Die eigenen Mitglieder.** Denn die wissen am besten, wer in der Nachbarschaft verreisen will, krank ist oder gerne briefwählen möchte. Sie werden für Ihren Bereich sicher genauer wissen, wo Sie besonders viele CDU-Wähler erreichen, deren Stimmen nicht verlorengehen dürfen.

# Europa '89

## Briefwählen – ganz leicht gemacht!

Es genügt, wenn Sie den Antrag für Briefwahlunterlagen sorgfältig ausfüllen, unterschreiben, abtrennen, in den anhängenden Umschlag stecken, diesen bitte verschließen und an Ihre zuständige Gemeinde-/Stadtverwaltung schicken. Wenn Sie einen wichtigen Grund angeben können (z. B. Urlaub, Beruf, Krankheit, Umzug oder hohes Alter), erhalten Sie die Briefwahlunterlagen daraufhin zugesandt.

### Wichtig:

Wer den Antrag für einen anderen stellt oder die Briefwahlunterlagen für einen anderen abholt, muß durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, daß er dazu berechtigt ist.

An die Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung in \_\_\_\_\_  
 Betrifft: Antrag auf Ausstellung eines Wahlzettelns mit den Briefwahlunterlagen für die Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1989.  
 Ich versichere, daß ich wegen \_\_\_\_\_

am Wahltag mein zuständiges Wahllokal nicht aufsuchen kann, ich beantrage hiermit die Unterlagen für die Briefwahl.

Familienname \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Wohnung \_\_\_\_\_

Diese Wahlunterlagen  sollen an meine obige Anschrift geschickt werden  
 sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden

Familienname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

werden (gegen schriftliche Vollmacht) abgeholt

Ort/Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## mit Bestellkarte und Briefumschlag

### GLEICH heute:

den ausgefüllten und unterschriebenen Briefwahlantrag in anhängendem Umschlag verschicken. Bitte frankieren Sie den Umschlag mit DM 1,- und tragen Sie die Anschrift Ihrer Gemeinde-/Stadtverwaltung ein!!!



An die  
Gemeinde-/Stadtverwaltung



### ▲ Antrag

Der Briefwahlprospekt enthält alles, was zur Beantragung der Unterlagen nötig ist, sogar den Briefumschlag. Antrag ausfüllen und in den Umschlag stecken, der Umschlag ist

### Leichter geht's nicht

einfach nur noch abzutrennen und zu verschließen. Briefmarke drauf und abschicken. Leichter geht's nicht mehr. Das ist unser Super-Service für die Wähler.

### ▲ Briefumschlag

Übrigens: Die Bundesgeschäftsstelle weist in allen zentralen Werbemaßnahmen verstärkt auf die Briefwahl hin.

Bestell-Nr.: 2149

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 45,- DM

**Achtung! Sonderausgaben für Saarland und Rheinland-Pfalz, mit Hinweis auf die Kommunalwahl:**

Bestell-Nr.: 2155

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 1328**

**4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# WIR LIEBEN KINDER



KINDER SIND LEBEN.  
KINDER SIND ENTWICKLUNG.  
KINDER SIND REICHTUM,  
HERAUSFORDERUNG,  
STELLEN UNS IN FRAGE.  
KINDER GEHÖREN ZU DEM BESTEN.  
WAS WIR HABEN.  
KINDER SIND ZUKUNFT.

## WORT GEHALTEN: MEHR KINDERGELD

Die CDU ist Anwalt der Familien und Kinder. Seit der Regierungsübernahme wurden entscheidende Schritte zum Abbau der Benachteiligung von Familien getan.

**1986:** 10-Milliardenpaket: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anhebung familienbezogener Freibeträge.

**1988:** Verlängerung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, Anhebung familienbezogener Freibeträge.

**UND JETZT:** Mehr Kindergeld Ab 1. 7. 1990 für 3 Millionen Kinder: plus 30 Mark für das 2. Kind.

Verlängerung des Erziehungsgelds und Erziehungsurlaubs Ab 1. 7. 1989 15 Monate statt bisher 12 Monate, ab 1. 7. 1990 sogar 18 Monate.

Erziehungsgeld bei Alleinerziehenden mit mindestens einem Kind, bei Familien mit zwei Kindern unter 10 Jahren und bei Familien mit Pflegebedürftigen werden für eine Hilfe bis zu 12 000 Mark bei der Steuer anerkannt.

**Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft. Wir lieben Kinder.**



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

# UID

13/89

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.